

## EP: Nur zwei Luxemburger für verschärfte Umwelthaftung

"EP fordert überraschend strenge Umwelthaftung für Unternehmen", titelte die FAZ. Claude Turmes, grüner EP-Abgeordneter, sprach von "einem historischen Sieg". Das Europäische Parlament hatte am Mittwoch für eine EU-weite Umwelthaftung für Unternehmen gestimmt und dabei eine obligatorische Pflichtversicherung gefordert. Überraschend plädierte das EP auch für die Einbeziehung von Öl- und Nuklearschäden sowie durch genveränderte Organismen verursachte Schäden in den Anwendungsbereich der Umwelthaftung. Damit stimmte das Straßburger Plenum gegen eine verwässerte Stellungnahme des EP-Rechtsausschusses und die Linie der EVP-Fraktion. Sollte das Parlament mit seiner Forderung durchkommen, müssen Unternehmen für alle Schäden an der biologischen Vielfalt und an Gewässern aufkommen. Durch die Pflichtversicherung soll gewährleistet werden, dass nicht die Steuerzahler, sondern die Verursacher von Umweltschäden deren Sanierung bezahlen müssten, begrüßten in einer gemeinsamen Erklärung WWF und Greenpeace die Entscheidung. Wie unzulänglich die bisherige Regelung in diesem Bereich ist, wurde vergangene Woche deutlich, als bekannt wurde, dass die Schäden aus der "Prestige"-Katastrophe nur zu 15 Prozent aus dem entsprechenden Fonds der Ölindustrie gedeckt werden (siehe dazu auch Seite 1). Der Vorstoß der Linken, Grünen und von Teilen der Liberalen wurde lediglich von Jacques Poos und Claude Turmes mitgetragen. Robert Goebbels stimmte gegen die Mehrheit seiner eigenen Fraktion und sprach sich sogar als einziger Sozialist gegen eine obligatorische Umwelthaftpflicht aus.

## Menschenkette für Regularisierung

"30 mois = résidence légale": Unter diesem Motto rufen mehrere Organisationen zu einer Menschenkette am Samstag um 14 Uhr auf der Place des Martyrs auf. Die Kette solle möglichst vom Arbeits- bis zum Justizministerium reichen, so die Initiatoren, zu denen Asti, Centre Islamique, OGBL, déi Lenk, la Vie Nouvelle, déi Gréng, déi jonk Gréng, d'Jugend fir Fridden a Gerechtegkeet, Life sowie d'ecoCreActif Plattform gehören. "Nach Jahren in Luxemburg sollen die AsylbewerberInnen, Minderheiten im Kosovo und "Sans Papiers" hier arbeiten und leben dürfen", lautet ihre Forderung. "Nach 30 Monaten müssten die betroffenen Menschen ein Aufenthaltsrecht erhalten", verlangte Asti-Präsident Serge Kollwelter bei einer Pressekonferenz am vergangenen Montag, "damit sie eine Perspektive erhalten." Einige von ihnen seien bereits fünf Jahre in Luxemburg, so Kollwelter, der die Rückführungspolitik der Regierung als einen Misserfolg bezeichnete. "In Montenegro haben wir keine Zukunft", sagte Refik Huremovic, einer der Betroffenen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Unterdessen liegen der wox die Zahlen über die AsylbewerberInnen von Januar bis April vor: In diesem Zeitraum wurden 322 Asylanträge in Luxemburg eingereicht. 119 der eingereichten Anträge stammen von AfrikanerInnen, 102 von Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

## Personalkette für bessere Arbeitsbedingungen

Im Bereich der Krankenpflege fehlen in Luxemburg Arbeitskräfte. Dies stellte Unterrichtsministerin Anne Brasseur vor einigen Tagen fest. Die Gewerkschaften führen das unter anderem auf die schlechten Arbeitsbedingungen zurück, die im Pflegesektor herrschen und durch die er an Attraktivität einbüße. "Bessere Arbeitsbedingungen beheben Nachwuchsmangel", sellt deshalb der LCGB in einem Pressecommuniqué fest. Am gestrigen Donnerstag veranstalteten LCGB und OGBL einen gemeinsamen Aktionstag vor mehreren Kliniken des Landes. Unter anderem riefen sie zu einer "Personalkette" zwischen dem Krankenhaus der Stadt Esch und der Klinik Sainte Marie auf. Damit verbunden ist die Forderung an die "Entente des Hôpitaux Luxembourggeois" (EHL), "in ihrer Generalversammlung am 20. Mai, die Ende 2002 erzielten Verhandlungsergebnisse zu respektieren und der Verhandlungskrise definitiv ein Ende zu setzen".

## DROGEN

# Stoff für ein "breites" Publikum

**Die DP tritt für Drogenkontrollen im Straßenverkehr ein. Mit einem entsprechenden Gesetzesvorschlag setzt sie sowohl auf Prävention als auch auf Repression.**



Breitseite gegen Drogen am Steuer: Niki Bettendorf.

(sk) - Die toxikologischen Analysen sind alarmierend: Bei 48 Prozent der schweren Verkehrsunfälle in Luxemburg im Jahr 2000 wurden Spuren von Cannabis nachgewiesen. Fünf Jahre zuvor waren es nur etwa 30 Prozent. Das brachte bei der blauen DP die roten Lämpchen zum Leuchten: Da müsse etwas getan werden, so die Liberalen. Niki Bettendorf, Präsident der parlamentarischen Drogenkommission, nahm das Heft in die Hand, um einen Gesetzesvorschlag einzubringen, den er am vergangenen Mittwoch bei einer Pressekonferenz vorstellte.

Das Gesetzesprojekt sieht unter anderem präventive Kontrollen und Strafen bei Drogenkonsum am Steuer vor. Im Großherzogtum wurden Tests bisher nur bei Unfällen vorgenommen, die tödlich verlaufen waren. Da vorbeugende Schweiß- oder Speicheltests hierzulande noch nicht erlaubt sind, bedarf es einer Modifikation des Code de la Route.

Bettendorf beruft sich nicht zuletzt auf eine Richtlinie der Europäischen Union von 1991, laut der das Autofahren unter Drogeneinfluss unter Strafe gestellt werden soll. Nach DP-Vorstellungen ist es nun an der Zeit,

dass diese Richtlinie auch in Luxemburg in Gesetzesform gegossen wird. Für bekiffte AutofahrerInnen würden demnach ähnliche Strafen gelten wie für solche, die unter Alkoholeinfluss stehen. Als Vorbild dient das belgische Modell: Im Nachbarland gilt für jede Substanz ein bestimmter Schwellenwert, ab dem eine Verkehrsgefährdung besteht. Im Unterschied dazu liegt die Toleranzschwelle in Deutschland bei null.

## Kein Widerspruch

Die Statistik über den Nachweis von Drogen bei Unfällen, auf die sich Bettendorf bezieht, verrät aber auch, dass sich im Jahr 2001 die Zahl der Verkehrstoten, bei denen Drogen im Blut gefunden worden war, wieder verringerte. Die Rate belief sich auf nur noch 37,3 Prozent der gesamten tödlich verlaufenden Verkehrsunfälle. Welche Drogen genau welche Wirkungen auf das Fahrverhalten haben, geht aus der Studie nicht hervor, ebenso nicht, ob die verunglückten Fahrer zusätzlich Alkohol zu sich genommen hatten. Alkohol am Steuer solle jedenfalls nicht balaisiert werden, erklärte Bettendorf und fügte ironisierend hinzu: "Gleichwohl scheinen manche Leute, besser Auto zu fahren, wenn sie etwas getrunken haben."

hingeht, nämlich ins Umweltministerium.

Mit der Initiative zu Drogenkontrollen im Straßenverkehr bestehe kein Widerspruch zur liberalen Haltung, weiche Drogen zu legalisieren und ihren Konsum zu entkriminalisieren, erklärte DP-Fraktionschef Jean-Paul Rippinger. Dieser Linie bleibe die DP nach wie vor treu. "Drogen am Steuer stellen jedoch eine Gefahr dar", sagte Rippinger. Der Liberale ist sich einer großen Unterstützung für den Gesetzesvorschlag sicher: "Ich kann mir nicht vorstellen, dass auch Befürworter von weichen Drogen gegen den Gesetzesentwurf sind."

"Im Prinzip sind wir nicht dagegen", meint dazu die Grünen-Abgeordnete Renée Wagener, die darauf hinweist, dass andere wichtige Punkte in der Drogenpolitik unterdessen nicht vernachlässigt werden dürften: so zum Beispiel die Einrichtung einer Fixerstube und die kontrollierte Abgabe von Heroin. Mit ihrem Gesetzesvorschlag setze die DP nicht nur auf Prävention, sondern auch auf Repression.

"Wir wollen vor allem eine Diskussion in die Wege leiten", so DP-Fraktionschef Rippinger auf der Pressekonferenz. "Unser Ziel ist es, dass sich ein breites Publikum Gedanken darüber macht." Wie "breit" ein solches Publikum sein soll, präziserte Rippinger jedoch nicht.

## GEN-RAPS

# No coexistence, no cry!

**Die Koexistenz zwischen gentechnischer, konventioneller und biologischer Landwirtschaft ist nahezu unmöglich. Das wissen nun auch unsere Abgeordneten.**

(roga) - Wenn einer eine Reise tut, kann er was erleben. Das dachte sich Emil Calmes, Vorsitzender des parlamentarischen Umweltausschusses und grünes Feigenblatt der blauen Wirtschaftspartei. Und lud gleich drei Ausschüsse zum Ausflug nach Dijon ein.

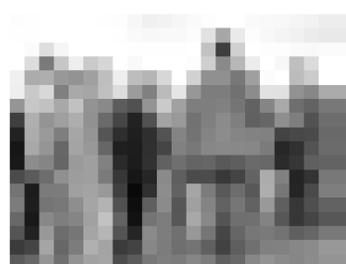
Er hatte sich im CUNLUX den Vortrag der Luxemburger Forscherin Nathalie Colbach angehört (siehe Bericht in wox 679). Die beim französischen Staatslabor INRA in Dijon arbeitende Agronomin forscht über Maßnahmen, wie die friedliche Koexistenz von gentechnisch modifiziertem Raps und benachbarten konventionell oder gar biologisch angebauten Feldern bewerkstelligt werden kann. Desillusionierendes Fazit der Studien in Dijon: in unserer derzeitigen Agrarlandschaft wird es verdammt schwer sein, selbst die großzügigen Grenzwerte der EU über zulässige Kontamination einzuhalten. Kein Wunder, dass Calmes selbst die Grünen einholt und besonders nachdrücklich eine Abwehr der gentechnischen Landwirtschaft vom großherzoglichen Territorium fordert.

Sukkers von Seiten der Abgeordneten der eigenen Fraktion und anderer Fraktionen hat der Landmann aus dem wilden Westen nötig. Sein Vorschlag, die Regierung sollte das Großherzogtum zur "gentechnikfreien Zone" erklären, wurde zwar einstimmig in der Umweltkommission abge-

segnet. Dafür kam die Retourkutsche aus der eigenen Truppe. Als "liberalen Standpunkt" bezeichnete in einem "journal"-Beitrag der oberste Regierungsrat im Gesundheitsministerium Claude A. Hemmer seine dort geäußerte Auffassung, der Vorschlag von Calmes sei "degeneriert", eine "mit einer jede Umweltnorm überschreitenden Dosis Schwachsinn angereicherte Forderung". Von "mittelalterlichem Obskurantismus" ist bei Hemmer die Rede, und José Bové wird zum "faschistischen Kriminellen Louis Bové".

## Moutarde avant dîner

Hemmers radikale Auffassung und Ausdrucksweise mögen noch als freie Meinungsäußerung durchgehen. Bedenklich stimmt eher die Tatsache, dass die Autorisierung von Freilandversuchen mit gentechnisch modifizierten Saatgut und Pflanzen hierzulande kurioserweise in den Zuständigkeitsbereich von Hemmers Ministerium fällt. Wenn also GegnerInnen solcher Versuche vorab als fortschrittsfeindliche Obskurantisten beschimpft werden, ist eine objektive Begutachtung der potentiellen Anträge wohl kaum noch gewährleistet. Deshalb wäre die Regierung gut beraten, bei der Novellierung des Gesetzes von 1997 die Zuständigkeit aus dem Wirkungsbereich des Gesundheitsministeriums herauszuholen und dort anzusiedeln, wo sie



Abgeordnete stolpern über Gen-Raps.